

Medien-Information

14. August 2024

Anhebung des Wohngeldes – Pestel-Institut warnt:

„Bund treibt Mieten weiter nach oben“

Bundesbauministerin Klara Geywitz (SPD) hat angekündigt, das Wohngeld für einkommensschwache Haushalte im kommenden Jahr um durchschnittlich 30 Euro pro Monat anzuheben. Dies würde im Schnitt einer Erhöhung um rund 15 Prozent entsprechen. Das Pestel-Institut, das einen Forschungsschwerpunkt bei der Wohnungsmarkt-Analyse hat, warnt dabei vor einem „mutmaßlich ungewollten Effekt der Mietpreistreiberei“. Der Leiter des Pestel-Instituts, Ökonom Matthias Günther, erklärt dazu:

Mit der Anhebung des Wohngeldes werde der Anstieg von Mieten und Preisen ausgeglichen, so Geywitz. Man muss der Ministerin klar sagen: Mit der Anhebung des Wohngeldes steht einem Teil der Haushalte mehr Geld fürs Wohnen zur Verfügung – allerdings, ohne dass zusätzliche Wohnungen verfügbar sind. Damit wird der Mietenanstieg beschleunigt.

Aktuell fehlen in Deutschland über 500.000 Wohnungen. Vermieter sitzen damit am längeren Hebel: Sie können sich ihre Mieter aussuchen. Und viele nutzen die Situation auch aus, um mit den Mieten immer weiter nach oben zu gehen.

So richtig und wichtig das Wohngeld ist, es darf nur nicht dysfunktional eingesetzt werden und damit zu einer Steigerung der Mieten gerade im unteren Preissegment führen. Die Auswirkungen davon bekommen vor allem Haushalte zu spüren, deren Einkommen knapp über der Wohngeldgrenze liegen.

PESTEL INSTITUT gGmbH

Forschungsinstitut mit den Schwerpunkten Wirtschaft, Wohnungs- und Arbeitsmärkte, Klimaschutz, Regionaldaten-Analyse

Medien-Kontakt

Matthias Günther | Tel.: 0511 / 990 94 – 20 | Mobil: 0159 – 030 46 341 | Mail: guenther@pestel-institut.de

Starenweg 8 · 31157 Sarstedt · Geschäftsführer: Dipl.-Ökonom Matthias Günther

Telefon (0511) 990 94-0 · Telefax (0511) 990 94-30 · info@pestel-institut.de · www.pestel-institut.de

Das Problem bleibt die über Jahrzehnte vernachlässigte Schaffung von bezahlbaren Wohnungen, ob mit oder ohne Sozialbindung. Die unmittelbare Förderung der Mieter funktioniert nur in Wohnungsmärkten mit einem ausreichenden quantitativen Angebot, also in Märkten ohne latente Mieterhöhungsspielräume. Dies ist gegenwärtig aber nur in wenigen Regionen gegeben. In allen anderen Regionen führt mehr Geld nur zu höheren Mieten.

Fazit: Der Bund wird jetzt also die Mieten weiter nach oben treiben.

Schon bei den Kosten der Unterkunft muss der Staat heute Mieten akzeptieren, die regional teils deutlich über den Durchschnittsmieten liegen. Die vom Staat gezahlte direkte Unterstützung der Haushalte bei den Wohnkosten, ob durchs Wohngeld oder die Übernahme der Kosten der Unterkunft, hat noch nie für Wohnungsneubau gesorgt. Das ist es aber, was wir dringender denn je brauchen.

PESTEL INSTITUT gGmbH

Forschungsinstitut mit den Schwerpunkten Wirtschaft, Wohnungs- und Arbeitsmärkte, Klimaschutz, Regionaldaten-Analyse

Medien-Kontakt

Matthias Günther | Tel.: 0511 / 990 94 – 20 | Mobil: 0159 – 030 46 341 | Mail: guenther@pestel-institut.de

Starenweg 8 · 31157 Sarstedt · Geschäftsführer: Dipl.-Ökonom Matthias Günther

Telefon (0511) 990 94-0 · Telefax (0511) 990 94-30 · info@pestel-institut.de · www.pestel-institut.de